

April | Mai 2025

+plus
Das Extra für Aktive

INDUSTRIEPOLITIK

GELINGT JETZT DER TURNAROUND?

Betriebsratswahlen

Warum die Vorbereitungen schon
jetzt beginnen sollten

Digitaler Zugang

Was ein Urteil des BAG
für Gewerkschaften bedeutet

„Wir überlassen nichts dem Zufall“

Der Zeitplan steht, das Casting der Kandidierenden hat begonnen. Patrick Bauer und das Wahlgorgateam bei Roche Diagnostics in Penzberg stecken schon mitten in den Vorbereitungen.

Gut Ding will Weile haben. Deshalb haben die Vorbereitungen für die Betriebsratswahlen im Frühjahr 2026 in vielen Unternehmen bereits begonnen. Warum das so wichtig ist und was jetzt schon zu tun ist? *Kathryn Kortmann* hat in zwei Betrieben nachgefragt.

Noch ist es knapp ein Jahr hin, bis die rund 8000 Beschäftigten von Roche Diagnostics im oberbayerischen Penzberg ihren neuen Betriebsrat wählen. Die meisten von ihnen verschwenden noch keinen Gedanken daran. Nicht so Patrick Bauer. Schon seit Ende 2024 denkt der 42-jährige Betriebsrat, der auch Vorsitzender im Gesamt- und Vize im Konzernbetriebsrat ist, nahezu täglich an die Betriebsratswahlen. Aus gutem Grund: „Die Wahlen und eine hohe Wahlbeteiligung über alle Bereiche hinweg sind immens wichtig“, sagt er. „Sie haben großen Einfluss auf die Zukunft der Kolleginnen und Kollegen, denn nur starke Betriebsräte können gute Arbeitsbedingungen durchsetzen.“ Blinde Flecken in Berufsgruppen, bei denen die Wahlbeteiligung in der Vergangenheit nahezu „unterirdisch“ war, soll es diesmal nicht mehr geben.

Und weil das so ist, überlassen Patrick Bauer und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Wahlgorganisationsteam „nichts dem Zufall“. Aus dem Kreis engagierter IGBCE-Vertrauensleute hat sich im ersten Schritt noch im vergangenen Jahr ein Team zusammengefunden, das seither jeden weiteren Schritt akribisch plant. Und das geht umso besser, je früher der Wahltermin feststeht – aus drei Gründen. „Wir haben den Kalender 2026 genau durchforstet, um herauszufinden, welche Zeiträume sich anbieten, damit möglichst viele Kolleginnen und Kollegen von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen können“, erzählt Bauer. Bedeutet: Die Zeit um Ostern scheidet wegen der Ferien ebenso aus wie andere Feier- und Brückentage. Terminiert wurden die Wahlen auf Mitte März 2026. Gewählt wird nicht nur an einem einzigen Tag, sondern eine ganze Woche lang – von Mittwoch bis Donnerstag. „Eine wochenübergreifende Durchführung erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass möglichst viele von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen, unabhängig von Schichtdiensten“, erklärt Patrick Bauer.

Zweiter Grund für die frühe Festlegung des Wahltermins: „Bei unseren rund 8000 Wahlberechtigten setzen wir auf elektronische Auszählung“, so Bauer, „aber der Run auf solche Hilfsmittel ist so groß, dass wir sie mindestens ein Jahr im Vo-



Mehr Infos zum Thema in unserem neuen Videopodcast

raus buchen müssen.“ Auch diesen Punkt hat das Wahlorga-
team inzwischen erfolgreich abgehakt.

Aus dem Wahltermin – das ist der dritte Grund für die
frühe Festlegung – ergeben sich außerdem alle weiteren
Schritte, die im Vorfeld zu bedenken sind. „Von der Wahl-
woche haben wir quasi rückwärts unsere To-do-Liste in den
Kalender eingetragen“, berichtet Bauer. „Also wann müssen
die Kandidierenden feststehen, wann ist der Wahlvorstand zu
bestellen, wann müssen wir aktiv in den Wahlkampf gehen
und die Werbetrommel rühren?“

Neben diesen organisatorischen Formalien investieren Bauer
und sein Team aber auch jetzt schon viel Zeit in die Suche
nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten und nach ziel-
gruppenspezifischen Botschaften. Die „Nachwuchsfindung“
soll zum Beispiel dafür sorgen, dass mehr Frauen und auch
Jüngere für den Betriebsrat kandidieren. Damit das gelingt,
entwickelt das Team um Bauer für sie jeweils eigene kleine
Kampagnen, die Themen in den Vordergrund rücken, die diese
Zielgruppen besonders interessieren. „Das können Aktivitäten
für eine ausgewogenere Work-Life-Balance und die Möglich-
keit zum mobilen Arbeiten für die jüngere Generation oder
Entgeltgerechtigkeit und neue Arbeitszeitmodelle für unsere
Kolleginnen sein“, nennt Bauer Beispiele. Generell gilt für den
Wahlkampf: Über all das reden, was der Betriebsrat in der zu
Ende gehenden Amtsperiode an Verbesserungen für die Be-
schäftigten erreicht hat. „Viele wissen gar nicht, was wir alles
angestoßen und durchgesetzt haben.“ All das wird die IGBCE-
Liste jetzt gezielt für den Wahlkampf nutzen.

Die Mischung macht's

„Beste Wahlwerbung sind vier Jahre gute Arbeit“, sagt auch
Thorsten Herd, Betriebsrat und Vertrauenskörpervorsitzender
bei Merck in Darmstadt. Beim Wissenschafts- und Techno-
logieunternehmen sind die Vorbereitungen ebenfalls bereits
angelaufen. „Wir stehen altersbedingt in den nächsten Jahren
im Betriebsrat vor einigen Wechsels, die Rente ruft“, berichtet
Herd, „die Nachfolgeplanung will gut überdacht sein. Ein gro-
ßes Gremium mit starken Stimmen aufzufüllen, ist komplex.“
Schließlich kommt es auf eine „gute Mischung“ aus Frauen
und Männern, Jungen und Älteren an, die alle Bereiche reprä-
sentieren.

39 Mitglieder hat der Betriebsrat bei Merck, zwei Listen bil-
den das Gremium. Die IGBCE-Liste hat mit 28 Mitgliedern
die Mehrheit. Das soll auch nach der Wahl Ende März/An-
fang April 2026 so bleiben. Nach Möglichkeit soll die Stärke
ausgebaut werden. Die Voraussetzungen dafür sind gut, denn
immer mehr Beschäftigte auch aus dem KAAAT-Bereich
(Kaufleute, Akademiker und außertariflich Angestellte) er-
kennen, dass ihre Interessen in der IGBCE gut aufgehoben
sind. Neben dem KAAAT-Netzwerk der Gewerkschaft haben
die Vertrauensleute aus dem Bereich noch ein eigenes unter-
nehmensinternes Netzwerk aufgebaut, um die Kolleginnen

**Unser Portal zur
Betriebsratswahl –
einfach QR-Code scannen!**



Warum der Start in die
Vorbereitung der Betriebs-
ratswahlen jetzt erfolgen
sollte, wie sich geeignete
Kandidierende finden las-
sen und warum der Be-
triebsratsjob auch erfüllend
ist? Antworten darauf gibt
es in der Spezialausgabe
der Profil Plus, die der ak-
tuellen Ausgabe beiliegt.

und Kollegen gezielt mit Informationen zu versorgen, die ihre
Arbeitswelt im Unternehmen betreffen.

Ein Drittel der rund 12.000 Wahlberechtigten bei Merck sind
sogenannte ATler, also außertariflich Beschäftigte. Unter ihnen,
aber auch unter allen anderen Kolleginnen und Kollegen hat
das Kandidierendencasting bereits begonnen. „Ziel ist eine
IGBCE-Liste mit rund 120 Kandidatinnen und Kandidaten“,
sagt Thorsten Herd. „Auch die Nachrückliste und die Aus-
schüsse müssen stark aufgestellt sein.“ Denn bei Merck werden
die Ausschüsse nicht selten nach Paragraph 28 a des Betriebs-
verfassungsgesetzes besetzt. Danach dürfen Aufgaben auf
Arbeitsgruppen (Ausschüsse) übertragen werden, in die auch
Personen delegiert werden, die dem Betriebsrat nicht an-
gehören. „Das ist für viele unserer Kolleginnen und Kollegen
ein erster Einstieg in die spätere BR-Arbeit“, berichtet Thorsten
Herd. „Dort können sie sich in zeitlich reduzierterer Form in
wichtige Themen einarbeiten und ausprobieren, ob Interessen-
vertretung etwas für sie ist.“

Auch aus dem Kreis der 125 Vertrauensleute, die in den
unterschiedlichsten Bereichen des Unternehmens aktiv sind,
rekrutieren die IGBCEler neue Kandidierende für ihre Liste.
Sie bringen oft schon mit, was Betriebsratsmitglieder idealer-
weise auszeichnet, sind teamfähig, kommunikativ, neugierig
und haben ein großes Interesse daran, „etwas für die Beleg-
schaft zu tun“, sagt VK-Leiter Herd. „Und wenn sie dann auch
noch zeitlich genügend Kapazitäten haben, empfehlen sie sich
auch für die BR-Arbeit.“

Bis zum Herbst führt die IGBCE-Listenkommission bei
Merck unzählige persönliche Gespräche, um ein Gefühl für
die geeigneten Kandidierenden zu bekommen. Danach geht
es dann auch in Darmstadt mit Volldampf in den Wahlkampf
– auf allen Kanälen und zielgruppenspezifisch. Auch da laufen
die Vorbereitungen bereits – im Grunde schon seit vier Jah-
ren ... ■

„Wir hätten uns ein faules Ei ins Nest gelegt“

Zum gemeinsamen industriepolitischen Aktionstag von IG BCE und IG Metall kamen in Köln 23.000 Kolleginnen und Kollegen. Unter ihnen war auch Marco Hucklenbroich. Der Betriebsratsvorsitzende und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei Ineos sprach am Rande des Events mit unserem Autor *Andreas Schulte* über seine Eindrücke vom Aktionstag, Forderungen an die Politik und undurchdachte Förderungen.

Marco, du hast als Betriebsratsvorsitzender gerade auf der Bühne gesprochen. Wie war das für dich?

Ein Wahnsinnsereignis ... der Blick hier über die Kulisse des Rheins, über die Köpfe der vielen Kolleginnen und Kollegen. Das ist schon eindrucksvoll, gerade auch weil ich Kölner bin. Und aus gewerkschaftlicher Sicht ist es für mich natürlich eine große Ehre, dass ich stellvertretend für die chemische Industrie in der Region sprechen durfte.

Warst du nervös?

Ich bin eigentlich ein ruhiger Typ und suche nicht die große Rede. Wenn ich vor so vielen Menschen auf die Bühne darf, bin ich vorher immer angespannt und wortkarg. Kurz bevor ich spreche, blicke ich erst immer einige Sekunden auf die Menschen, um mich zu sammeln. So löse ich die Anspannung. Das hat auch heute wieder geklappt. Gut so, denn heute war es ja auch besonders wichtig.

Inwiefern?

Eine Riesenaktion wie hier ist zugleich eine Riesenchance. Wir müssen als Arbeitnehmervertreter und Gewerkschafter jede Möglichkeit nutzen, uns Gehör zu verschaffen. Jetzt noch vor der Bildung der neuen Regierung ist dafür genau der richtige Zeitpunkt. Mein Credo war schon immer: Meckern kann jeder, aber man muss anpacken, wenn man etwas verändern möchte. Diese Veranstaltung hier gehört zur Kategorie Anpacken. Da ist es dann keine Frage,

auch mal einen Samstag zu opfern. Das sehen offenbar viele so.

Was erhoffst du dir von der neuen Regierung?

In den vergangenen Jahren ist in Bezug auf Industriepolitik und energieintensive Branchen wenig passiert. Ich habe die Einsicht in die Notwendigkeit vermisst, Chemieunternehmen zu helfen. Das Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen hat offensichtlich ideologische Vorbehalte. Bei unserem Gespräch schien Ministerin Mona Neubauer wenig interessiert. Energiepolitisch können wir hier und heute neue Türen aufstoßen.

Was forderst du?

Zum einen brauchen wir einen Industriestrompreis. Wir verlieren schon jetzt deutsche Kunden an ausländische Wettbewerber. Für sie ist es günstiger, dort einzukaufen – trotz des Transports der Produkte. Auf Dauer sind wir so nicht wettbewerbsfähig. Ein zweiter Baustein sind die Netzentgelte, die noch bis 2026 für Großabnehmer rabattiert sind. So sparen wir pro Jahr mehrere Millionen Euro. Aber 2026 soll diese Regelung überarbeitet werden. Wird die Rabattierung gekündigt, fressen uns die Netzentgelte auf.

Welche Folgen hätte es über die Betriebsgrenzen hinaus, wenn ihr dauerhaft nicht wettbewerbsfähig bleibt?

Ineos ist eine wichtige Säule für die gesamte Chemiebranche in Deutschland.

Unsere Grundstoffchemikalien stehen am Anfang der Wertschöpfungskette. Wenn es uns nicht gutgeht, geht es auch weiterverarbeitenden Unternehmen schlecht. Am Ende stünden zum Beispiel Kunststoffe, Lacke oder Pflegeprodukte aller Art, also Dinge des täglichen Bedarfs, Verbrauchern nicht mehr zur Verfügung – zumindest kämen diese Waren dann nicht mehr aus Deutschland.

Du bist bereits seit 2001 bei Ineos in Köln. Wie hat sich der Betrieb wirtschaftlich entwickelt?

Es gab immer mal wirtschaftliche Dellen. Aber Dellen kann man ausbeulen. So war es selbst nach der Finanzkrise 2008. Aber diesmal kommt einfach kein Aufschwung mehr. Wir sind jetzt seit mehr als drei Jahren im Krisenmodus.

Mit welchen Folgen für die Beschäftigten?

Wir waren mal 2500 Beschäftigte in Köln. Es gibt kein Programm, um die Belegschaft zu reduzieren. Aber ein lang anhaltender Einstellungsstopp sorgte für große Lücken und diese werden auch teilweise nicht wieder geschlossen. Ineos ist zwar zurückhaltender als die Konkurrenz, wenn es um die Themen dauerhafte Anlagenschließungen und Standortverlagerungen ins Ausland geht, aber auch Ineos wird irgendwann Entscheidungen wie diese treffen müssen, wenn sich die Situation nicht bald verbessert.

Wo siehst du euch in zehn Jahren?

Wir werden diese Krise überleben, fragt sich nur, in welcher Form. Wir werden nicht mehr so aufgestellt sein wie heute. Wir werden einzelne Produkte nicht mehr herstellen, weil es wirtschaftlich nicht sinnvoll sein wird, dafür aber dann hoffentlich andere. Dieser Prozess wird sich auf die Belegschaft auswirken. Dazu beschäftigt uns die Dekarbonisierung. Die Transformation zu einer nachhaltigen Produktion ist seit Jahren in aller Munde. Wenn wir laut geltendem Recht CO₂ reduzieren müssen, dann bitte auch mit den geeigneten Werkzeugen und nicht am Ende mit Anlagenschließungen, weil uns diese Werkzeuge fehlen.

Wie kann die Transformation gelingen?

Eigentlich muss man genau jetzt im großen Stil in die Transformation investieren. Diese Investitionsbudgets müssen aber erst einmal erwirtschaftet werden. Derzeit tun Unternehmen sich schwer, in den Standort Deutschland zu investieren. Hier muss ein klares Bekenntnis her. Darüber hinaus braucht es staatliche Mittel. Teilweise hat es die auch gegeben. Aber es sind zu wenig, und oft wurde zu kurz gesprungen.

Kannst du ein Beispiel nennen?

Wir hätten eine Förderung für den Bau eines Elektrolyseurs zur Produktion von grünem Wasserstoff erhalten

können, haben aber letztlich darauf verzichtet, weil die Förderung mit der Fertigstellung der Anlage ausgelaufen wäre. Der teure Betrieb anschließend ist ohne weitere Förderung zurzeit nicht wirtschaftlich. Wir hätten uns also ein faules Ei ins Nest gelegt.

Du hast jetzt Feierabend. Wie geht dein Tag nach dieser Veranstaltung zu Ende?

Ich bleibe bis zum Schluss des Aktionstags noch hier, höre Reden und Musik. Später freue ich mich auf ein Treffen mit Betriebsratskollegen im Brauhaus. Dieser Termin stand schon lange vor dem des Aktionstags, lässt sich aber prima verbinden. ■

Marco Hucklenbroich (40) ist seit Beginn seiner Ausbildung 2001 beim Chemieunternehmen Ineos in Köln. Der Energieelektroniker mit Spezialisierung auf Automatisierungstechnik ist seit 2010 Betriebsrat, arbeitete bis zu seiner Freistellung 2016 als Ausbilder und Auftragsplaner. Seit 2022 ist er Betriebsratsvorsitzender.



Foto: Stephen Petrat

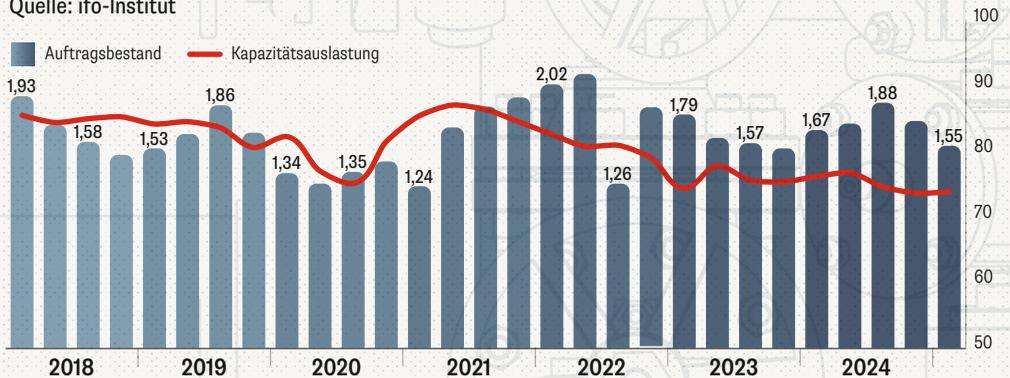
Industriepolitik

Jetzt den Turbo einschalten

Die Industrie in Deutschland braucht eine Zeitenwende, die Lage ist bedrohlich, Produktion, Auslastung und Investitionen sind gesunken. Über Jahrzehnte wurde nicht genug Geld in die bestehende Infrastruktur und zu wenig in den Aufbau insbesondere neuer Energieinfrastruktur gesteckt. Das könnte mit dem geplanten Investitionsprogramm einer möglichen neuen Bundesregierung ein Ende haben.

Produktion rückläufig

Chemieindustrie: Auftragsbestand in Monaten und Kapazitätsauslastung in Prozent
Quelle: ifo-Institut

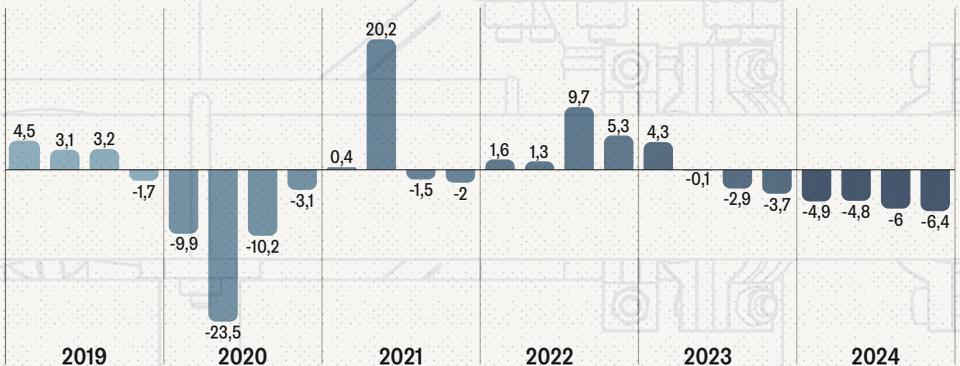


Die Produktivität insbesondere in den Branchen der IGBC ist rückläufig, die Auslastung zu niedrig.

Investitionen sinken

Ausrüstungsinvestitionen

Veränderungsraten gegenüber Vorjahresquartal in Prozent, Quelle: Destatis

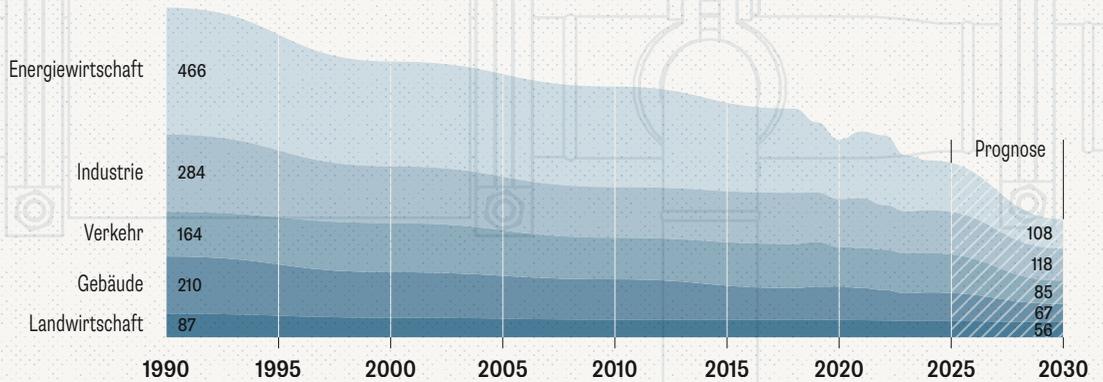


Die Industrie ist in schweres Fahrwasser geraten. Investitionen werden zurückgehalten oder anderswo getätigt. Höchste Zeit umzusteuern.

Emissionen reduziert

Insbesondere die Energiewirtschaft hat geliefert und ihre Emissionen deutlich reduziert. Damit sind die niedrig hängenden Früchte abgeerntet. Jetzt braucht es mehr Systematik. Der Blick allein auf die Emissionen reicht nicht.

Treibhausgasemissionen in Deutschland nach Sektoren
(in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent), Quelle: Destatis

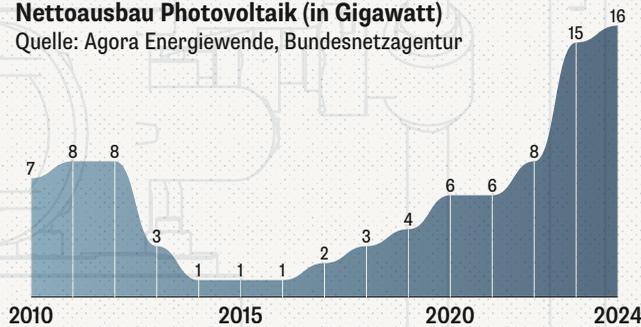


Erneuerbare legen deutlich zu

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat Ergebnisse erzielt. Das hat allerdings auch viel Geld gekostet. Bei Photovoltaik ist Deutschland fast am Ziel.

Nettoausbau Photovoltaik (in Gigawatt)

Quelle: Agora Energiewende, Bundesnetzagentur

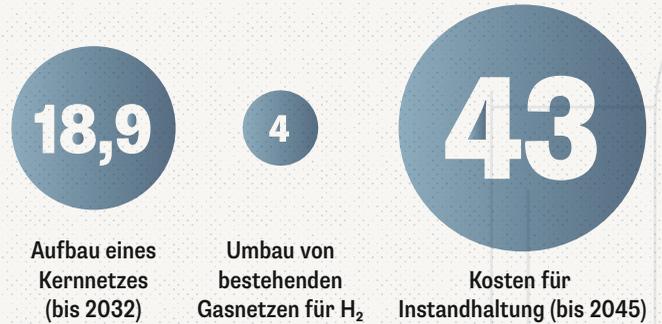


Energieinvestitionen nötig

Die Industrie muss umgebaut werden, an allen Ecken und Enden. Beispiel Wasserstoffwirtschaft – und das ist nur ein kleiner Teil der nötigen Investitionen in die Energienetze.

Investitionsbedarf Wasserstoff in Milliarden Euro

Quelle: Bundesnetzagentur

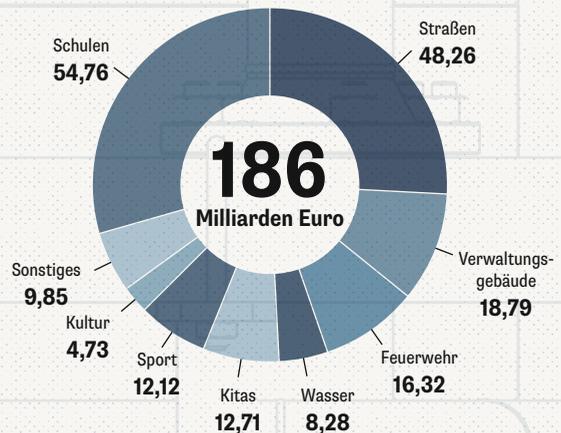
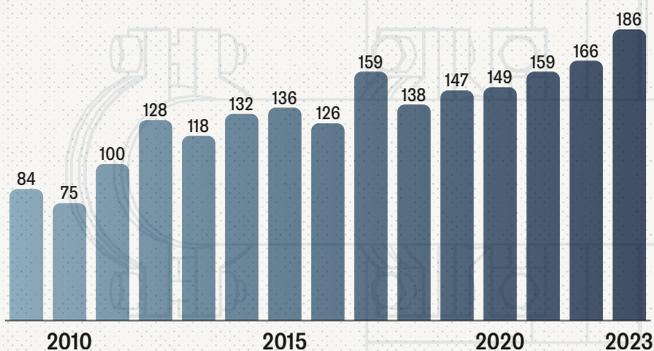


Infrastruktur bröckelt

Wie wichtig der Dreifach-Wumms ist, zeigt ein Blick auf den Investitionsrückstau. Allein in den Kommunen beträgt er bereits 186 Milliarden Euro.

Wahrgenommener Investitionsrückstand in den Kommunen

(in Milliarden Euro), Quelle: KfW



„Ein guter und richtiger Schritt“

Die mögliche neue Bundesregierung will viel Geld in die Hand nehmen, um die Infrastruktur zu erneuern. Was jetzt konkret passieren muss, wo Investitionen besonders dringend sind und warum die Superreichen sich an den Kosten beteiligen müssen, erklärt Michael Vassiliadis im Interview mit *Bernd Kupilas*.



Foto: Stefan Koch

Michael Vassiliadis ist Vorsitzender der IG BCE.

Michael, was hältst du vom geplanten sogenannten Dreifach-Wumms der mutmaßlich künftigen Bundesregierung, also einem Sondervermögen für Investitionen?

Ein großes Investitionsprogramm war überfällig. Wir fahren seit Jahren auf Verschleiß, unsere Infrastruktur braucht eine Rundumerneuerung: neue Anlagen in der Industrie, neue Trassen, Straßen, Netze, Schulen. Eine moderne Infrastruktur hierzulande ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Industrie. Wir haben lang dafür gekämpft, dass eine Bundesregierung in dieser Frage klotzt statt kleckert. Jetzt ist es endlich so weit. Wir brauchen diesen Turnaround für die Industrie dringend.

Du klingst zufrieden.

Abwarten. Das Geld muss jetzt in die richtigen Projekte fließen – und das schnell. Die kommende Regierung sollte sich nicht auf Nebenschauplätzen verkämpfen, zum Beispiel bei unnötigen Debatten um längere Höchstarbeitszeiten. Die Zeit drängt, in vielen Unternehmen gerade in unseren Branchen stehen die Zeichen auf Schließung oder Verlagerung von Anlagen oder ganzer Standorte. Allein wir als IG BCE haben 200 Fälle mit 25.000 betroffenen Arbeitsplätzen gezählt. Dieses Ausbluten auf Raten muss gestoppt werden. Und wir müssen zugleich auch unseren Politikansatz ändern, speziell in der Klimapolitik.

Wie meinst du das?

Die hohen CO₂-Preise sind ein massiver Standortnachteil für viele unserer Branchen. Da muss dringend Entlastung organisiert werden. Schließlich haben unsere Kolleginnen und Kollegen in Sachen Emissionsreduzierung geliefert, der Energiesektor beispielsweise hat seine Emissionen seit 1990 um 60 Prozent verringert. Die niedrig hängenden Früchte sind also längst abgeerntet. Jetzt geht es darum, erst einmal unsere Infrastruktur komplett zu erneuern. Wenn wir das geschafft haben, sind die großen Schritte hin zur Klimaneutralität doch erst möglich. Wenn die neuen Anlagen erst einmal stehen, dann bekommen wir unsere PS so richtig auf die Straße – in der Schaffung von Wohlstand wie gleichzeitig auch bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Es geht nicht darum, den Kampf gegen den Klimawandel aufzugeben, ganz im Gegenteil: Es geht darum, ihn jetzt endlich mit den richtigen Instrumenten zu führen und am Ende echte Erfolge vorweisen zu können.

Wo muss besonders investiert werden?

Generell in die Energieinfrastruktur. Wir brauchen zum Beispiel ein Wasserstoffnetz. Wir brauchen grünen Strom. Wir brauchen auch ein großes Programm für die Einlagerung von CO₂. Wenn Unternehmen ihre Emissionen reduzieren können, indem sie CO₂ abscheiden und einlagern können, dann hilft das sehr konkret, Standorte zu ret-

ten. Anlagen können weiterlaufen, die ansonsten schließen müssten, weil sie die Klimavorgaben nicht erfüllen.

Dein Fazit?

Der Dreifach-Wumms ist ein guter und richtiger Schritt, wenn er jetzt konsequent umgesetzt wird. Über die Finanzierung müssen wir aber noch mal reden. Wir meinen, das muss nicht alles auf Pump investiert werden, wir brauchen da einen fairen Lastenausgleich.

Das bedeutet?

Wir sind der Meinung: Wer von einer Modernisierung der Infrastruktur in Deutschland besonders viel profitiert, soll auch besonders viel zu dieser Modernisierung beitragen. Wir fordern eine einmalige Vermögensabgabe für die Superreichen, also für das oberste Promille der Einkommenspyramide. Das tut denen nicht weh, bringt aber insgesamt 175 Milliarden Euro, die dann nicht kreditfinanziert werden müssen. Das wäre nur gerecht, schließlich profitieren sie auch am meisten von einem starken Wirtschaftsstandort. Und wir können die Lasten nicht immer nur und immer wieder der arbeitenden Mitte aufbürden. Eine solche einmalige Abgabe wäre zudem ein echter Generationen-Wumms.

Hältst du das für realistisch unter einer möglichen CDU-SPD-Regierung?

Warum nicht? Wir jedenfalls sehen die Argumente auf unserer Seite. ■

Die Hartnäckige

Für die einen ist sie „die Mutti“, für die anderen „der Nervenzweig“. So oder so betiteln ihre Kolleginnen und Kollegen im Betrieb sie häufiger, erzählt Susan Uebigau. Und fügt grinsend hinzu: „Beides stimmt.“

Mutti, weil sie als Betriebsrätin und IGBCE-Vertrauensfrau für sämtliche Anliegen der Belegschaft nahezu jederzeit ein offenes Ohr hat. Und Nervenzweig, weil sie als überzeugte Gewerkschafterin und Mitgliederwerberin für die IGBCE nicht lockerlässt, wenn auf ihre Frage nach einer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft beim ersten Mal ein „Nein“ zurückkommt. Diese Kolleginnen und Kollegen spricht sie spätestens nach ein paar Monaten wieder an. „Ich kann hartnäckig sein, wenn es sein muss.“ So lange, bis die Angesprochenen richtig zuhören. Und anschließend – im Regelfall – die IGBCE-Beitrittsklärung unterschreiben. „Und wenn jemand seine Lesebrille vergessen hat, helfe ich auch beim Ausfüllen des Antrags“, sagt Uebigau.

Die Mitgliedschaft in der IGBCE ist für die 49-Jährige „ein Muss“. Schließlich bringt die ausschließlich Vorteile mit sich – von der solidarischen Gemeinschaft über die Freizeitunfall-, Arbeits- und Sozialrechtsschutzversicherung bis hin zu einem monatlichen 25-Euro-Warengutschein. Diesen 25-Euro-Warengutschein – einlösbar bei der Tankstelle, einer Drogeriemarktkette oder einem schwedischen Möbelhaus – hat die Gewerkschaft 2020 bei den Haustarifverhandlungen exklusiv für die IGBCE-Mitglieder im Betrieb ausgehandelt. „Alleine dadurch ist der Mitgliedsbeitrag ja gewissenmaßen wieder drin“, sagt Uebigau. Vor kurzem wurde der Warengutschein in



Foto: Jürgen Lösel

Für **Susan Uebigau** ist die IGBCE-Mitgliedschaft ein absolutes Muss.

einen 25-Euro-Mitgliederbonus umgewandelt, der nun mit dem Gehalt überwiesen wird.

Die engagierte Mitgliederwerberin kennt fast alle Kolleginnen und Kollegen im Betrieb mit Namen. Zum einen, weil sie sich seit mehr als zehn Jahren im Betriebsrat engagiert, seit 2018 ist sie stellvertretende Betriebsratsvorsitzende und für diese Aufgabe freigestellt. Zum anderen, weil sie bereits seit nahezu einem Vierteljahrhundert in der DMI Archivorganisation im sächsischen Leisnig tätig ist. Kerngeschäft des Unternehmens ist die Digitalisierung von Krankenhausakten. Angefangen hat die aktive IGBCElerin bei DMI im Sommer 2001 in der Mikroverfilmungsabteilung. Damals arbeiteten gerade mal circa 25 Beschäftigte dort. Heute sind es allein in Leisnig etwa 520, dazu kommen etwa 60 weitere in der Außenstelle in Chemnitz. Rund 480 der 580 Beschäftigten sind Frauen.

Sie für die IGBCE zu begeistern, „ist kein leichtes Geschäft“, er-

zählt Susan Uebigau. „So manch angesprochene Kollegin erbittet sich Bedenkzeit, weil sie das erst mit ihrem Mann besprechen muss.“ Eine Antwort, die Uebigau immer wieder erstaunt: „Wieso? Du arbeitest doch hier.“ Einfacher sei es mit neuen Kolleginnen und Kollegen. Diese werden direkt mit der Einstellung ins Betriebsratsbüro eingeladen, wo ihnen die Wichtigkeit von Betriebsrat und Gewerkschaft ausführlich erklärt wird – meist mit Erfolg. „Bei den Neuen haben wir eine ziemlich hohe Trefferquote“, erzählt Uebigau.

Gewerkschaftlich aktive Frauen wie Susan Uebigau soll es nach den Vorstellungen der IGBCE künftig noch mehr geben. Darum startet die Gewerkschaft im Frühjahr 2025 zum Beispiel in der Pharmaindustrie eine groß angelegte Kampagne, mit der sie mehr Frauen als Werberinnen und Mitglieder gewinnen will. Ein Vorhaben, das Susan Uebigau sich auch für ihren Betrieb gut vorstellen kann.

Auch in ihrer Freizeit hat Uebigau vorwiegend mit Frauen zu tun: Sie ist Mutter von drei Töchtern. Die Kinder waren der Grund, warum die gelernte Hotelfachfrau 2001 bei der DMI Archivorganisation angefangen hat. „Familie und Job in meinem Ausbildungsberuf unter einen Hut zu bringen, war wegen der Arbeitszeiten kaum machbar“, sagt sie.

Viele Jahre waren ihre Kinder ihr Hobby. Seitdem mittlerweile auch die jüngste Tochter volljährig ist, frönt sie, wann immer es ihre Zeit zulässt, ihrem zweitliebsten Hobby: Reisen. Gemeinsam mit ihrem Ehemann, mit dem sie seit mehr als 21 Jahren glücklich verheiratet ist, zieht es sie regelmäßig für mehrwöchige Touren im Camper in den hohen Norden Europas. ■ Volker Wartmann

Verloren und gewonnen zugleich

Die IGBCE hat in einer Art Musterprozess darauf geklagt, dass sie als Gewerkschaft digitalen Zugang zu den Beschäftigten eines Sportartikelherstellers erhält. Der konkrete Prozess ging vor dem Bundesarbeitsgericht zwar verloren – dennoch kann der Ausgang als Gewinn verbucht werden. *Bernd Kupilas* fasst zusammen.

①

Worum ging es?

Bundesarbeitsgericht

Urteil vom 28. Januar 2025 - 1 AZR 33/24

②

Grundgesetz

Artikel 9, Absatz 3 garantiert die Vereinigungsfreiheit und ist die Grundlage der Tarifautonomie. Aus ihm lässt sich folgern, dass Gewerkschaften das Recht haben müssen, Beschäftigte in einem Betrieb ansprechen zu können. Könnten sie das nicht, könnten sie auch das Grundrecht auf Vereinigungsfreiheit nicht ausüben.

③

Grundrechte-Charta

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union regelt in Artikel 8 das Grundrecht auf Schutz der persönlichen Daten.

④

Grundgesetz

Artikel 12 garantiert die Freiheit der Berufswahl. Artikel 14 regelt das Recht auf Eigentum.

Die IGBCE wollte Klarheit darüber, was in Sachen digitaler Zugang möglich ist – und was nicht. Deshalb klagte sie gegen den Sportartikelhersteller Adidas in Herzogenaurach und verfolgte die Klage gemeinsam mit dem DGB-Rechtsschutz bis in die höchste Instanz. Die IGBCE stellte bei Adidas ganz konkrete Forderungen. Sie forderte:

- § die Herausgabe dienstlicher E-Mail-Adressen, um Beschäftigte über diesen Weg kontaktieren zu können;
- § den Zugang zu dem unternehmenseigenen sozialen Netzwerk, um sich dort mit Beschäftigten austauschen zu können;
- § eine Verlinkung auf der Startseite des Intranets.

Was sagt das Gericht?

Das Bundesarbeitsgericht wies die Klage in allen drei Punkten zurück. ① Dabei ist es wichtig zu wissen, dass in einem Urteil eines Gerichtes prinzipiell auf die ganz konkreten Punkte in einer Klage eingegangen wird – und nicht auf den generellen, übergeordneten Streitpunkt, in diesem Fall also auf die Frage: Gibt es ein digitales Zugangsrecht, ja oder nein? Insofern wertet Peter Voigt, Justiziar beim IGBCE-Hauptvorstand in Hannover, den Ausgang des Prozesses in dem wichtigsten Punkt als Erfolg: „Das Bundesarbeitsgericht hat uns den digitalen Zugang nicht generell verwehrt“, erläutert er, „es hat nur die konkreten Möglichkeiten abgelehnt, die wir bei Adidas gefordert haben.“ Deshalb lässt sich aus dem Urteil folgern: Ja, es gibt ein digitales Zugangsrecht von Gewerkschaften zu den Beschäftigten in einem Betrieb.

Die Grundrechte

Das Gericht musste in dem Verfahren verschiedene Grundrechte aus dem Grundgesetz gegeneinander abwägen. Die IGBCE berief sich in ihrer Klage auf Artikel 9, Absatz 3 des Grundgesetzes. ② Dieser Artikel sichert das Recht zu, sich in Gewerkschaften beziehungsweise in Arbeitgeberverbänden zusammenschließen zu dürfen. Dem standen zwei andere Grundrechte gegenüber. Zum einen das Grundrecht (der Beschäftigten) auf Datenschutz. ③ Zum anderen die Grundrechte von Arbeitgebern, die sich aus Artikel 12 und 14 des Grundgesetzes ableiten lassen. ④ Es ist wichtig zu wissen, dass Gerichte bei der Abwägung über Eingriffe in Grundrechte immer fragen: Was ist das mildeste Mittel?

E-Mail-Adressen

In seinem Urteil kam das Bundesarbeitsgericht zu dem Schluss, dass der Arbeitgeber die E-Mail-Adressen nicht herausgeben muss, weil dies nicht das mildeste Mittel sei. Am schonendsten wären die Eingriffe in Grundrechte in einen Ausgleich zu bringen, wenn die Gewerkschaft die Betroffenen im Betrieb antrifft und nach ihren E-Mail-Adressen fragen kann. Aus Sicht der IGBCE „hilft uns das kein bisschen weiter bei jenen Beschäftigten, die gar nicht in den Betrieb kommen, etwa weil sie im Homeoffice sind“, sagt Justiziar Peter Voigt – und um diese Beschäftigten geht es angesichts der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt ja besonders. Zugleich folgert die IGBCE aus dem Urteil einen positiven Aspekt: Dort, wo E-Mail-Adressen vorhanden sind, können IGBCE-Aktive sie auch für gewerkschaftliche Zwecke nutzen – dies verstößt offensichtlich auch nicht gegen den Datenschutz. „Das war vor dem Urteil so nicht klar“, sagt Peter Voigt.

Soziales Netzwerk

Die IG BCE hatte auf Zugang zu dem unternehmensinternen sozialen Netzwerk Yammer (es heißt heute Viva Engage) geklagt. Solche Netzwerke sind mittlerweile in vielen Unternehmen in Gebrauch. Sie funktionieren ähnlich wie Facebook oder Instagram. Auch dieser Antrag wurde vom Gericht abgelehnt.

Verlinkung

Auch dieser Klagepunkt wurde abgelehnt. Die Richter sagten aber lediglich, dass kein Recht auf eine Verlinkung der Gewerkschaftsseite auf der Startseite des Intranets bestehe. Das heißt aber nicht, dass sich nicht generell ein Recht auf Verlinkung aus dem Grundgesetz ableiten lässt (nur dann eben nicht auf der Startseite). „Das könnte in einem späteren Urteil durchaus herauskommen“, sagt Justiziar Peter Voigt. Ein solches Recht auf Verlinkung der Gewerkschaftsseite ist anderswo übrigens bereits festgeschrieben, und zwar im Personalvertretungsrecht. ⁵ Dort hat es der Gesetzgeber bewusst geregelt. Das, so argumentiert die IG BCE, könnte er ja woanders nun auch tun.

Politische Folgen

Überhaupt hat das Urteil wichtige Folgen für die politische Diskussion, sagt Peter Voigt. „Das Gericht hat durchscheinen lassen, dass es etliche Punkte für nicht ausreichend geregelt hält“, sagt er. „Deshalb werden wir in Berlin jetzt erst recht darauf drängen, dass die Mitbestimmungsrechte modernisiert werden und der Gesetzgeber unsere Rechte als Gewerkschaft konkreter fasst“, sagt Voigt. „Wir bleiben dran.“

Was sollten Aktive nun tun?

Aktive aus der IG BCE in Betriebsräten und Vertrauenskörpern sollten sich durch das Urteil nicht verunsichern lassen, schließlich hat das Gericht ein digitales Zugangsrecht zugestanden, und auch die Nutzung von vorhandenen E-Mail-Adressen ist offensichtlich rechtens. Außerdem gilt: Nur weil ein Arbeitgeber etwas laut Urteil nicht tun muss, heißt das nicht, dass er es nicht tun kann. „Unsere Ehrenamtlichen in den Betrieben sollten



ihren Arbeitgebern weiterhin vor Augen führen, wie wichtig es angesichts der technologischen Entwicklung ist, dass wir als Gewerkschaft auch die neuen digitalen Wege nutzen.“

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der IG BCE haben aber auch noch ein stärkeres Mittel in der Hand: die Sozialpartnervereinbarung zum digitalen Zugang. Sie wurde 2022 mit dem Chemie-Arbeitgeberverband geschlossen, und es gibt eine solche Vereinbarungen mittlerweile auch in der Kautschukindustrie, der keramischen Industrie sowie in einzelnen Unternehmen, etwa bei Evonik und Michelin. In der Präambel der Vereinbarung heißt es, dass ein Zugang der Gewerkschaft zu den Beschäftigten „ein wesentlicher Faktor für eine gelingende Sozialpartnerschaft“ ist. ⁶ Beide Seiten sind sich einig, dass dieser Zugang auch digital möglich sein muss. Die Vereinbarung gibt also einen Rahmen vor. „Wie dieser Rahmen ausgestaltet wird, das können die Betriebsparteien dann in einer Betriebsvereinbarung konkret festlegen“, erläutert Peter Voigt. „Und da ist auch nach dem Urteil so ziemlich alles möglich.“

Fazit

Die wichtigste Erkenntnis aus dem Prozess lautet: Ja, es gibt ein digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften. Dieses Zugangsrecht muss vom Gesetzgeber konkreter ausgestaltet werden, und dazu werden wir als IG BCE die neue Bundesregierung auffordern. Aktive der IG BCE sollten sich nicht beirren lassen und weiter in ihren Betrieben auf digitalen Zugang zu den Kolleginnen und Kollegen drängen. Die Sozialpartnervereinbarung in der Chemieindustrie sowie in weiteren Branchen und Unternehmen bietet dafür eine gute Grundlage. ■

⁵

Bundespersönlichkeitsgesetz

In Paragraph 9, Absatz 3 heißt es: „Auf Verlangen einer Gewerkschaft oder einer Vereinigung der Arbeitgeber hat die Dienststelle in ihrem Intranet auf den Internetauftritt der Gewerkschaft oder der Arbeitgebervereinigung zu verlinken“

⁶

Sozialpartnervereinbarung

In der Sozialpartnervereinbarung zum digitalen Zugangsrecht ist in Paragraph 1 festgelegt, dass der IG BCE neben dem analogen auch ein digitales Zugangsrecht eingeräumt wird.

Tag der Arbeit

Raus zum 1. Mai!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen am Tag der Arbeit wieder zu bundesweiten Kundgebungen auf. In diesem Jahr steht der 1. Mai unter dem Motto „Mach dich stark mit uns“. Die Gewerkschaften wollen ein starkes Zeichen für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und die Rechte der Beschäftigten setzen. Auch die Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstands (gHV) der IGBCE sind am 1. Mai bundesweit auf Veranstaltungen vertreten. IGBCE-Vorsitzender Michael Vassiliadis spricht in Saarbrücken, Birgit Biermann in Bochum und Francesco Grioli in Korbach. Alexander Bercht redet auf zwei Kundgebungen, vormittags in Bottrop und nachmittags als Hauptredner in Recklinghausen. Oliver Heinrich ist in Berlin anzutreffen. Die genauen Orte und Uhrzeiten der Maiveranstaltungen der gHV-Mitglieder erfahrt ihr über eure IGBCE vor Ort.

Betriebsrätepreis

Jetzt bewerben!

Noch bis zum 30. April haben Betriebsratsgremien, Jugend- und Auszubildenden- sowie Schwerbehindertenvertretungen die Chance, sich mit ihren Projekten, die sie im vergangenen Jahr realisiert haben, für den Deutschen Betriebsrätepreis 2025 zu bewerben. Die Preisverleihung erfolgt im November in Bonn.

betriebsraetetag.de/betriebsraetepreis

Monitor Digitalisierung

Befragung gestartet

Wie blicken Beschäftigte auf die Digitalisierung in ihren Betrieben? Wie weit ist sie in den Branchen der IGBCE fortgeschritten? Und welche Rolle spielt das Thema Künstliche Intelligenz in den Unternehmen und in der Arbeitsgestaltung der Beschäftigten? Bis Juni sammelt die IGBCE für den dritten Monitor Digitalisierung per Onlinebefragung in den Belegschaften der Branchen Daten, die diese Fragen prä-

zise beantworten und künftige Arbeitsfelder identifizieren.

Die Ergebnisse werden beim 8. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IGBCE (19. bis 24. Oktober in Hannover) präsentiert. Für mehr Informationen zur Teilnahme an der Onlinebefragung und zu den Ergebnissen der ersten beiden Studien einfach den QR-Code scannen:



Onlinetagung

Arbeitszeit modern gestalten

Wie passen die Vier-Tage-Woche, Tarifpolitik und der Fachkräftemangel zusammen? Antworten darauf gibt die Onlinetagung am 12. und 13. Juni zum Thema „Gute Arbeit – Arbeitszeit im Wandel“. Eingeladen sind Mitglieder aus Betriebsräten sowie Jugend- und Auszu-

bildendenvertretungen. Die Tagung findet via Zoom statt. Anmeldungen sind per E-Mail unter der Seminarnummer BWS-000-078901-25 möglich, über igbce-bws.de oder den QR-Code:



Konferenz

KAAT-Dialog

Am 4. und 5. Juli treffen sich kaufmännische, akademische und außertariflich Beschäftigte zum 5. KAAT-Dialog der IGBCE in Hannover. Auch Betriebsräte und Vertrauensleute, die KAAT-Kolleginnen und Kollegen vertreten, sind zur Tagung in der Hauptverwaltung der IGBCE eingeladen. Auf dem Programm stehen neben der Möglichkeit zum Netzwerken auch Workshops. Darin beschäftigen sich die Teilnehmenden zum

Beispiel mit dem Thema „Brennpunkt Arbeitszeit“ oder sie erfahren, worauf sie beim Umgang mit Künstlicher Intelligenz achten müssen. Anmeldungen sollten möglichst bis zum 6. Juni erfolgen. Mehr Informationen und Anmeldungen über kaat.net oder den QR-Code:



Impressum Plus - Beihefter für Aktive zum IGBCE-Mitgliedermagazin Profil | **Herausgeber:** Michael Vassiliadis
Chefredakteur: (v.i.S.d.P.) Lars Ruzic | **Redaktionelle Umsetzung:** Bernd Kupilas, Redaktionsbüro Kupilas, Richard-Wagner-Str. 10-12, 50874 Köln | **Redaktionelle Mitarbeit:** Kathryn Kortmann, Andreas Schulte, Volker Wartmann
Fotoredaktion: Susanne Oehlschläger, Frankfurt am Main **Chefinnen vom Dienst:** Inken Hägermann, Katja Pflüger
Gestaltung: Redaktionsbüro Kupilas, Köln | **Druck:** QUBUS media GmbH, Hannover | **Vertrieb:** WKS Print Partner GmbH, Essen